

Wieder Krieg gegen Rebellen

Friedensprozess ist in Kolumbien um Jahre zurückgeworfen worden

BOGOTÁ: Nach dem Scheitern des Friedensprozesses in Kolumbien hat Präsident Andrés Pastrana seine Drohung wahr gemacht: Die Armee startete eine Militäration gegen die linksgerichtete FARC-Guerilla.

Kampfflugzeuge bombardierten nach Armeangaben 85 strategisch wichtige Ziele in der Rebellenzone im Süden des Landes. Die Luftwaffe sei insgesamt 200 Einsätze mit Kampfflugzeugen und Black-Hawk-Helikoptern geflogen, sagte ein Armeevertreter dem Radiosender RCN.

Zwei Phasen

Gemäss Armeangaben sollte die Einnahme der Sicherheitszone in zwei Phasen erfolgen: In einer ersten Phase sollte die Sicherheit des Gebiets aus der Luft sichergestellt werden. In der zweiten Phase würden Bodentruppen den Einsatz von Eliteeinheiten vorbereiten. Kolumbianische Spezialeinheiten werden seit Jahren von der US-Armee im Kampf gegen die Guerilla trainiert. Rund 5000 Soldaten warteten am Donnerstag auf den Befehl zur Einnahme der Sicherheitszone. Die Regierung hatte den marxistischen Rebellen im November 1998 ein Gebiet von der Grösse der Schweiz im Süden des Landes als «Friedenslabor» überlassen. Sie



Nach der Beendigung des Friedensprozesses durch Präsident Andrés Pastrana bereiteten sich die Streitkräfte Kolumbiens gestern auf die Wiederaufnahme des Krieges gegen die linksgerichteten Rebellen vor. (Bilder: Keystone)

wollte so den festgefahrenen Friedensprozess wieder ankurbeln. Auslöser für den Abbruch der Friedensverhandlungen war die Entführung einer Passagiermaschine am Mittwoch: Vier mutmassliche FARC-Rebellen hatten die Maschine der kolumbianischen Airline

Aires mit dem oppositionellen Senator Jorge Eduardo Gechen an Bord in ihre Gewalt gebracht. In einer Fernsehansprache stimmte Pastrana die Kolumbianer auf Krieg ein. Zugleich verteidigte er den Abbruch der Friedensgespräche. Er habe «alles unternommen,

um Frieden zu erreichen». Aber die Geduld des kolumbianischen Volkes sei erschöpft. Durch die ständigen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung hätten die Guerilleros bewiesen, dass sie eine «terroristische» Organisation seien, die keinen Frieden wolle.

Rückschlag im Milosevic-Prozess

DEN HAAG: Die UNO-Ankläger im Prozess gegen den jugoslawischen Ex-Präsidenten Slobodan Milosevic haben erneut einen Rückschlag hinnehmen müssen: Der erste Zeuge, der als Opfer aussagen sollte, verweigerte am Donnerstag die Fortsetzung eines Verhörs durch Milosevic. Der 49-jährige Bauer Agim Sekiri aus dem Kosovo nannte gesundheitliche Gründe für seine Weigerung – darunter ein Nierenleiden. Er fühle sich nicht gut. Der Zeuge hatte die Richter nachdrücklich gebeten, ihn zur Dialyse gehen zu lassen. Daraufhin entband ihn der Vorsitzende Richter Richard May von der Aussage. Der Kosovo-Albaner hatte am Mittwoch ausgesagt, serbische Soldaten hätten ihn im Jahr 1999 so stark misshandelt, dass er bleibende Schäden davongetragen habe. Sekiri hatte als erster Tatzeuge für die Anklage ausgesagt und anschliessend ein Kreuzverhör durch den früheren Präsidenten Jugoslawiens über sich ergehen lassen. Milosevic, der sich in dem Prozess selbst verteidigt, sollte dies am Donnerstag fortsetzen.

Sharon will totalen Krieg vermeiden

In Ansprache ordnet er Einrichtung von «Pufferzonen» an

JERUSALEM: Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon hat die israelische Armee angewiesen, «Pufferzonen» zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten zu errichten.

In seiner mit Spannung erwarteten Ansprache in Jerusalem betonte Sharon am Donnerstagabend, Israel werde «nicht ruhen, bevor die Infrastruktur des Terrors» in den Palästinensergebieten zerschlagen sei.

Sharon rief das israelische Volk zu Zuversicht und Einheit auf. «Der Staat Israel ist nicht am Zusammenbrechen und wird auch nicht zusammenbrechen.» Friedensgespräche mit den Palästinensern seien erst nach einer vollständigen Waffenruhe möglich. «Ich werde weiterhin palästinensische Repräsentanten treffen und alles tun, um eine Eskalation und einen umfassenden Krieg zu verhindern», sagte er. Er biete den Palästinensern ein Stufenabkommen auf der Basis einer Waffenruhe und Entmilitarisierung an. Sharon



Ein toter Palästinenser liegt in der Nähe der Grenze zum Westjordanland. Erstmals seit Beginn des Aufstands vor knapp 17 Monaten rückten israelische Bodentruppen gestern mit Panzern auch in die Stadt Gaza ein.

wandte sich während seiner Ansprache direkt an das palästinensische Volk und sagte: «Ich weiss, dass es nicht leicht ist, ein Palästinenser zu sein.» Er forderte moderate Palästinenser dazu auf, nicht den Extremisten zu folgen.

Lebenslänglich für SS-Mann

KARLSRUHE: Der frühere deutsche SS-Mann Anton Malloth bleibt in Haft. Der deutsche Bundesgerichtshof verwarf am Donnerstag die Revision des 90-Jährigen und bestätigte damit eine vom Landgericht München verhängte lebenslange Freiheitsstrafe wegen Mordes. Das Landgericht hatte den früheren Aufseher des Gestapo-Gefängnisses Kleine Festung Theresienstadt bei Leitmeritz im heutigen Tschechien wegen Ermordung eines Häftlings verurteilt. Ein zweiter Fall wurde mangels Beweisen nur als Mordversuch gewertet. Nach Erkenntnis des Landgerichts München schlug und trat Malloth einen jüdischen Gefangenen tot, der sich nicht zum Appell gemeldet hatte. Ein Jahr zuvor schlug er einen anderen Häftling und schoss auf ihn, weil dieser sich bei einem Ernteeinsatz einen Blumenkohl unter die Jacke gesteckt hatte. Der Aufseher habe aus Rassenhass gehandelt. Der Bundesgerichtshof liess die Einwände von Malloths Anwälten nicht gelten, der krebserkrankte Greis sei weder verhandlungs- noch haftfähig, und wegen sehr lange zurückliegender Taten verstosse das Verfahren gegen die Europäische Menschenrechts-Konvention.

Schweiz besorgt über Eskalation

BERN: Der Botschafter Israels in der Schweiz, Ygal Antebi, ist am Donnerstag ins EDA zitiert worden. Staatssekretär Franz von Däniken zeigte sich tief besorgt über die Eskalation im Nahost-Konflikt und bedauerte die Vergeltungsschläge. Von Däniken ersuchte den israelischen Botschafter nach Angaben des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), seiner Regierung den Wunsch der Schweiz zu übermitteln, dass die israelische Regierung alles in ihrer Macht stehende unternimmt, um der gegenwärtigen Eskalation ein Ende zu setzen. Die Schweiz rief Israel dazu auf, seine militärischen Operationen in den Städten Gaza und Ramallah sofort einzustellen. Die israelischen und die palästinensischen Behörden wurden aufgerufen, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Dialogs zu schaffen.

Regierung und Rebellen verhandeln

COLOMBO: Die Regierung Sri Lankas und die tamilischen Rebellen haben sich am Donnerstag grundsätzlich darauf verständigt, ihre Feindseligkeiten dauerhaft einzustellen. Sie bereiteten damit den Weg für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Eine formelle Vereinbarung über den Waffenstillstand könne in den kommenden zwei Tagen unterschrieben werden, sagte Regierungssprecher G. L. Peiris. Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe habe einem entsprechenden Vorschlag von norwegischen Vermittlern zugestimmt. Die Einzelheiten würden Freitag oder Samstag bekannt gegeben. Wickremesinghe wolle heute Freitag in den Norden des Landes reisen. «Wir hoffen, dass das historische Ereignis in den kommenden Tagen stattfindet», sagte Peiris unter Bezug auf das Waffenstillstandsabkommen.

Leidenschaft gegen Verlässlichkeit

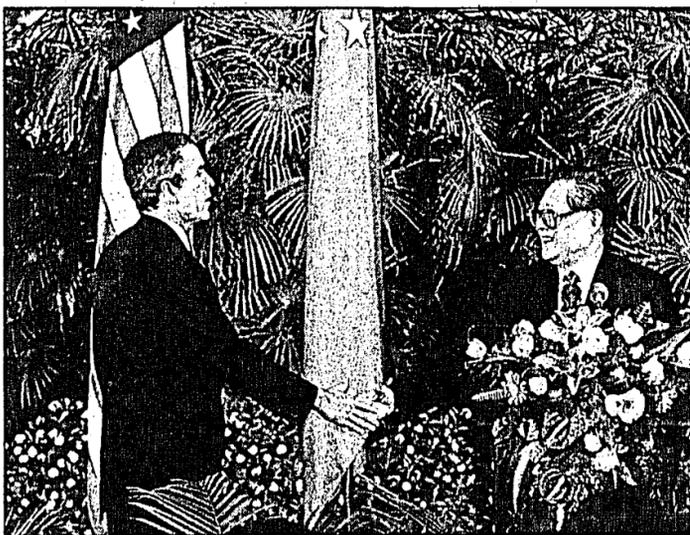
PARIS: Sie könnten unterschiedlicher kaum sein. Als «Kandidat der Leidenschaft» empfiehlt sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac zur Wiederwahl. Sein sozialistischer Rivale Lionel Jospin will die Franzosen mit «Verantwortlichkeit» und Verlässlichkeit überzeugen. Zwei Monate vor der Entscheidung haben sich der nüchternsteife Premierminister und der sich jovial-bürgerlich gebende Präsident aus dem Korsett der fünf Jahre währenden politischen Zwangshöhle befreit.

Peking und Washington bauen auf Alltagskontakte

Das Misstrauen sitzt tief, aber die Zusammenarbeit wächst

PEKING: Tausende junger Chinesen studieren an amerikanischen Universitäten, beim Bau des Drei-Schluchten-Damms setzt Peking auf die Hilfe der USA, in Verwaltung und Wirtschaft wächst der Austausch.

Die politischen Spannungen zwischen den USA und China werden damit nicht aufgehoben, aber sie treten immer wieder in den Hintergrund. Beim Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Peking betonten beide Seiten am Donnerstag Geschlossenheit, bei denen die politischen Misstöne nur leise durchklangen. Diese wurden höchstens hinter geschlossenen Türen lauter. Taiwan-Frage, Menschenrechte und Religionsfreiheit wurden zwar angesprochen, verlautete nach einem Treffen Bushs mit dem chinesischen Staatschef Jiang Zemin. Doch in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz dominierte das Lob über die zunehmende Annäherung seit



Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin hat US-Präsident George W. Bush vor einem Krieg gegen Irak gewarnt und zur Geduld aufgefordert.

dem historischen Besuch des damaligen Präsidenten Richard Nixon vor genau 30 Jahren. Er rechne für die Zukunft mit noch engeren Beziehungen, sagte Bush und dankte Jiang für die Solidarität im Kampf gegen den Terror. «Es ist ganz normal, dass China und die Vereinigten Staaten bei einigen Themen nicht die gleiche Meinung vertreten», erklärte Jiang. Aber gegenseitiger Respekt und die Suche nach Gemeinsamkeiten könnten zur Verringerung der noch bestehenden Differenzen führen, hob er hervor.

US-Atomexperten beraten die chinesischen Aufsichtsbehörden für Kernkraftwerke. Amerikanische Juristen arbeiten mit Pekingern Kollegen an einer Reform des Gerichtswesens und des Patentrechts. Im Januar unterzeichnete die Harvard-Universität einen Vertrag mit der chinesischen Regierung zur Aus- und Fortbildung von Bürgermeistern und Top-Beamten.